

## **Spitzengespräch Katastrophenschutz - Weitreichender Gedankenaustausch**

### **Katastrophenhilfspflichtige Organisationen und Verbände äußerten bei institutionalisiertem Gespräch mit Innenminister Herrmann Bedenken gegen das Wehrrechtsänderungsgesetz - Kritik an EU - eigenen Einheiten im Katastrophenschutz**

Um die die Zusammenarbeit auf Spitzenebene gezielt weiter zu intensivieren, hat Staatsminister Joachim Herrmann ein institutionalisiertes „Spitzengespräch Katastrophenschutz“ mit den Vorsitzenden der katastrophenhilfspflichtigen Organisationen und Verbände initiiert, das künftig zwei Mal jährlich stattfinden soll. Zum Gesprächskreis gehören die Spitzenvertreter der Feuerwehr, der zur Katastrophenhilfe verpflichteten Hilfsorganisationen und des THW. Bei thematischem Bedarf können Vertreter anderer sicherheits-relevanter Organisationen und externe Experten hinzugezogen werden.

„Vor uns liegen große Sicherheitsherausforderungen. Die ausgezeichnete Zusammenarbeit mit den Verbänden und Organisationen auf der Fachebene ist dabei die Basis unserer effizienten Gefahrenabwehr. Ich will aber zudem alles daran setzen, unsere hohen bayerischen Sicherheitsstandards nicht nur zu erhalten, sondern noch weiter auszubauen. Was wir dafür brauchen, sind kluge, strategische Entscheidungen, eine ständige, fachlich fundiert Nachsteuerung unseres leistungsfähigen Hilfeleistungssystems und gezielte Investitionen in unsere Sicherheit. Gerade im Hinblick auf den dafür erforderlichen noch höheren Abstimmungsbedarf ist es mir wichtig, Meinungen und Positionen der Organisationen und Verbände frühzeitig aus erster Hand zu erfahren,“ so der Bayerische Innenminister.

Beim ersten „Spitzengespräch Katastrophenschutz“ am 1. September im Innenministerium äußerten sich die Organisationen und Verbände besorgt über das Wehrrechtsänderungsgesetz und die Folgen der beabsichtigten Änderungen bei Zivildienstleistenden und von der Wehrpflicht freigestellten Helfern im Katastrophenschutz. Schon diese Änderung führe zum Verlust von unentbehrlichen Helfern im Katastrophenschutz; bei einer Aussetzung der Wehrpflicht könnte sich dies noch verschärfen.

Eine klare Absage erteilten Herrmann und die teilnehmenden Organisationen eigenen Einheiten der EU im Katastrophenschutz. Einer Verlagerung der Verantwortung für

den Bevölkerungsschutz von den Mitgliedstaaten auf die Gemeinschaft, wie sie von einzelnen EU-Staaten angestrebt werde, müsse entgegengetreten werden. Beim Katastrophenschutz in der Europäischen Union habe es sich bewährt, die Verantwortung für den Schutz der Bevölkerung möglichst nah bei den Betroffenen anzusiedeln, d. h. in erster Linie auf der lokalen Ebene. Dort sei man mit den Verhältnissen vor Ort vertraut und zu einer schnellen unmittelbaren Reaktion in der Lage. Der Innenminister betonte, es könne nicht Aufgabe der EU sein, „hausgemachte“ Defizite verschiedener Mitgliedstaaten zu beheben. Vielmehr sollten die nationalen Hilfeleistungsressourcen für einen EU-weiten Einsatz ertüchtigt sowie Verfahren zur Abfrage und zum europaweiten Einsatz von Ressourcen optimiert werden, um eine schnelle Hilfe der Mitgliedsstaaten untereinander sicherstellen zu können.

Die Organisationen dankten Herrmann ausdrücklich für die erheblichen Investitionen des Freistaats in Fahrzeuge und Ausstattung für den Katastrophenschutz. Gleichzeitig äußerten Sie die Hoffnung, dass die begonnenen Investitionsprogramme trotz der Haushaltszwänge des Staates fortgesetzt werden können.

Die Vorsitzenden der Organisationen machten zudem deutlich, dass die Ehrenamtlichen in der Gefahrenabwehr auf Grund von ad-hoc-Einsatzlagen und einer möglichen Gefährdung der körperlichen Unversehrtheit enorm belastet seien. Sie baten Innenminister Herrmann, in der Diskussion um Fördermöglichkeiten für das ehrenamtliche Engagement die Anliegen „seiner Ehrenamtlichen“ auch auf Grund dieser Besonderheit herauszustellen und zu vertreten.

Breite Unterstützung fand der Vorschlag des Innenministers, künftig jährlich, beginnend als Rückblick für das Jahr 2011, einen Bericht zur Situation des Katastrophenschutzes abzugeben. Dieser „Jahresbericht Katastrophenschutz“ kann beispielsweise Ereignisse, eine aktuelle Bestandsaufnahme von Einsatzkräften und deren Ausstattung sowie regelmäßig Ansatzpunkte für die Weiterentwicklung des Hilfeleistungssystems aufzeigen.

Innenminister Joachim Herrmann zeigte sich hoch zufrieden mit dem Ablauf des ersten „Spitzengesprächs Katastrophenschutz“. Der feste Willen aller zu einer engen, organisationsübergreifende Meinungsbildung habe die gemeinsame Verantwortung

von Staat, Organisationen und Verbänden für die Gefahrenabwehr eindrucksvoll verdeutlicht. Davon werde das gesamte Hilfeleistungssystem profitieren.

„Das Motto unserer Einsatzkräfte lautet „Gemeinsam sind wir stark“. Das soll auch der Maßstab für das „Spitzengespräch Katastrophenschutz“ sein. Bei der Bewältigung unserer Aufgaben sitzen wir alle in einem Boot. Und beim gemeinsamen Rudern in der Strömung gilt bekanntlich: Hört einer auf damit, treibt man zurück,“ betonte der Innenminister.